

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 07.01.2019

Von André Scheer

08.01.2018

Aufruf zum Putsch

Venezuela: Parlamentspräsident mobilisiert zum Staatsstreich gegen Maduro. USA und ihre Vasallen stehen bereit



Rechter Scharfmacher: Juan Guaidó will die sozialistische Regierung in Caracas stürzen (5.1.2019)

Foto: Manaure Quintero/REUTERS

Wenige Tage vor Beginn der neuen Amtszeit des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro haben mehrere Regierungen Lateinamerikas, die USA sowie die rechten

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Oppositionsparteien im venezolanischen Parlament kaum verhohlen zu einem Staatsstreich aufgerufen. Der am Sonnabend zum neuen Präsidenten der Nationalversammlung gewählte Juan Guaidó verlangte, »eine Übergangsregierung zu schaffen und freie Wahlen auszurufen«. Das Militär rief er auf, sich an der »Wiederherstellung der Demokratie« zu beteiligen.

Maduro hatte im vergangenen Jahr die auf Mai vorgezogene Präsidentschaftswahl mit 67,8 Prozent der abgegebenen Stimmen gewonnen. Da Venezuelas Verfassung aber festschreibt, dass der Wahlsieger sein Amt am 10. Januar anzutreten hat, regierte Maduro bisher noch auf Grundlage der Wahl von 2013. Am Donnerstag beginnt dann die neue, bis 2025 dauernde Amtszeit.

Die EU, die USA, die rechten Regierungen Lateinamerikas und große Teile der venezolanischen Opposition haben Maduros Wahlsieg im vergangenen Mai jedoch nicht akzeptiert. So behaupten die Staaten der »Lima-Gruppe«, zu der unter anderem Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Honduras und Kanada gehören, in einer am vergangenen Freitag (Ortszeit) verbreiteten Erklärung, der Wahl vom 20. Mai 2018 fehle die Legitimität, »da es keine Beteiligung aller politischen Akteure Venezuelas, keine Anwesenheit unabhängiger internationaler Beobachter und nicht die notwendigen Garantien und internationalen Standards für einen freien, gerechten und transparenten Prozess gab«.

Mexiko verweigerte die Unterschrift unter der Erklärung. »Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein, weil wir auch nicht wollen, dass andere Regierungen in Dinge eingreifen, die nur die Mexikaner etwas angehen«, zitierte die Tageszeitung *La Jornada* am Sonntag den seit fünf Wochen amtierenden Staatschef - Andrés Manuel López Obrador.

Richtig an den Vorwürfen gegen Venezuela ist nur, dass die meisten Oppositionsparteien die Wahl 2018 boykottiert hatten, weshalb die Wahlbeteiligung nur bei 46 Prozent lag. Die Abstimmung war von mehreren hundert Vertretern der Afrikanischen Union, Parlamentsabgeordneten und anderen beobachtet worden. Die Europäische Union hatte die Einladung aus Caracas dagegen ausgeschlagen. Die Regeln des Urnengangs im Mai 2018 entsprachen denen, die auch bei der Parlamentswahl 2015 angewandt worden waren. Die hatten die Oppositionsparteien gewonnen – und weder die EU noch die USA hatten damals etwas an der Wahl auszusetzen.

Venezuelas Regierung hat die Einmischung aus dem Ausland am Wochenende scharf zurückgewiesen. In einem offiziellen Statement heißt es, man sei »fassungslos« über die

»verrückte« Erklärung und behalte sich vor, auf eventuelle Strafmaßnahmen in angemessener Weise zu reagieren. Der russische Politiker Igor Morosow forderte gegenüber der Nachrichtenagentur *Sputnik*, die »illegalen Aktivitäten der USA« gegen Venezuela im UN-Sicherheitsrat zu behandeln. Bereits zum Jahreswechsel hatte sich Russlands Präsident Wladimir Putin in einem Schreiben an Maduro für eine »weitere Stärkung der strategischen Allianz« zwischen beiden Ländern ausgesprochen.

In mehreren Ländern soll es in dieser Woche Kundgebungen und Veranstaltungen zur Unterstützung Venezuelas geben. Auch das aus mehr als 80 Organisationen bestehende »Europäische Netzwerk zur Solidarität mit der Bolivarischen Revolution« rief zu Aktionen auf.